

SP Kanton Zürich

Delegiertenversammlung vom 17. März 2009, Winterthur

Traktandum 2 – Rede des Parteipräsidenten

SP Kanton Zürich: Auch in Zukunft den politischen Trend setzen

Liebe Genossinnen und Genossen

Mit dem Wort «historisch» sollte man ja bekanntlich vorsichtig sein, es wird allzu leichtfertig als Adjektiv mit allerlei Ereignissen verknüpft, welche dann schnell und ohne viel Aufsehen wieder in Vergessenheit geraten. Deshalb will ich jetzt auch nicht von einem «historischen Abend» reden – ein «spezieller Abend» ist er aber alleweil, denn zum allerersten Mal tagt heute die Delegiertenversammlung der SP Kanton Zürich.

Mit dem heutigen Abend schlagen wir ein neues Kapitel in der schon über hundertjährigen Geschichte der Kantonalpartei auf: Statt in einem verhältnismässig kleinen Kreis wie dem bisherigen Parteivorstand, fällen wir inskünftig die zentralen inhaltlichen und personellen Entscheide unserer Partei in einer breit zusammengesetzten und abgestützten Delegiertenversammlung. Statt faktisch hinter verschlossenen Türen in irgendeinem Sitzungszimmer, diskutieren wir inskünftig in aller Öffentlichkeit an verschiedenen Orten unseres Kantons über unsere Positionen und Projekte. Wir stärken so den partizipativen Charakter unserer Partei und schaffen gleichzeitig gegenüber der Öffentlichkeit mehr Transparenz bezüglich unseren Entscheiden. Euch allen, die Ihr ab heute hier in diesem Gremium unsere Genossinnen und Genossen vertretet, wünsche ich bei dieser, wie ich hoffe, spannenden und interessanten Aufgabe viel Freude und Lust, und freue mich auf die Zusammenarbeit mit Euch.

Dass wir, liebe Genossinnen und Genossen, unsere allererste Delegiertenversammlung hier in Winterthur abhalten, ist kein Zufall. Zum einen haben wir für diese Prèmiere Winterthur gewählt, weil wir uns hier gewissermassen auf heimischem Territorium bewegen, in einer rot-grün-regierten Stadt. Dass sich Winterthur unter SP-Führung in den letzten Jahren hervorragend entwickelt hat, hat Euch ja vorhin Ernst Wohlwend in seinen Begrüssungsworten sehr anschaulich dargelegt. Winterthur hat in den letzten Jahren sehr viel erreicht, ist eine Stadt, welche die enormen Herausforderungen, mit denen sie sich durch die massive Deindustrialisierung seit den 80er Jahren konfrontiert sah, erfolgreich gemeistert hat.

Winterthur ist heute nicht mehr die verkannte und im Schatten von Zürich stehende graue Maus, sondern eine selbstbewusste Grosstadt mit Ausstrahlung, eine Stadt, die in vielen Bereichen Trends setzt, im Kanton aber auch schweizweit. Und das, liebe Genossinnen und Genossen, passt ganz gut zur SP, denn auch wir setzen im Moment durchaus schweizweit wahrnehmbare Trends.

Schauen wir einmal auf die Abstimmungen in den letzten zwölf Monaten: Die SP Kanton Zürich ist bei kantonalen Urnengängen nicht nur eine äusserst erfolgreiche Kantonalpartei der SP Schweiz, sondern auch eine der erfolgreichsten Parteien in diesem Kanton. Wir haben in den letzten zwölf Monaten in zehn Abstimmungen ein Erfolg verbuchen können. Damit haben wir nicht nur unsere direkte Konkurrenz im rot-grünen Lager hinter uns gelassen, sondern vor allem auch unsere bürgerlichen Gegner in den Schatten gestellt. Nur so zum Vergleich: Der FDP-Parole folgten die Stimmberechtigten achtmal, derjenigen der Grünliberalen noch weniger, nämlich siebenmal. Und die SVP? Diese rangiert mit nur vier Abstimmungserfolgen in der Kategorie «hat auch noch mitgemacht».

Und, liebe Genossinnen und Genossen, es waren nicht irgendwelche unbedeutende Abstimmungen, die wir da in den letzten Monaten gewonnen haben. Es waren nicht irgendwelche kleine Abstimmungen, bei denen sich alle Parteien mehr oder weniger einig gewesen waren. Nein, es waren Abstimmungen mit Signalcharakter, Abstimmungen die Trends setzten, auch schweizweit.

Zum Beispiel die Abstimmung über den Berufsbildungsfonds im September: Hier haben wir gemeinsam mit unserer Bildungsdirektorin Regine Aepli die Einführung eines Berufsbildungsfonds durchgesetzt. Die bürgerlichen Parteien liefen Sturm, der Gewerbeverband malte den Untergang des Kapitalismus an die Plakatwände. Doch die Stimmberechtigten gewichteten die Zukunftschancen für unsere Jugend stärker als irgendwelche herbeigeredeten Angstszenerarien von Verbandsfunktionären und stimmten dem Berufsbildungsfonds zu.

Dieser Abstimmungserfolg, liebe Genossinnen und Genossen, hat den Trend gesetzt: Zum ersten Mal wurde in einem Deutschschweizer Kanton ein Berufsbildungsfonds an der Urne gutgeheissen. Dank diesem Abstimmungserfolg wurde diese Idee auch von anderen SP-Kantonalparteien wieder aufgenommen, nun wird auch in anderen Kantonen wieder verstärkt über die Einführung eines solchen Fonds nachgedacht.

Oder nehmen wir die Abstimmung über die Pauschalbesteuerung: Auch hier hat die SP mit an vorderster Front für mehr Steuergerechtigkeit gekämpft, dafür, dass diese unsägliche Bevorzugung einiger Superreichen der Garaus gemacht wird. Das gleiche Bild hier: Auch hier malten die bürgerlichen Parteien den finanziellen Untergang an die Wand und wollten dieses Steuerschmarotzertum weiterhin hegen und pflegen. Doch auch hier machten die bürgerlichen Parteien die Rechnung ohne das Zürcher Stimmvolk: Dieses stellte das Prinzip der Steuergerechtigkeit über den schnellen Rubel und machte diesem Unsinn ein Ende.

Und auch mit diesem Erfolg haben wir den Trend gesetzt: Erstmals wurde in einem Kanton die Pauschalbesteuerung an der Urne abgeschafft. Und seither wird auch in anderen Kantonen lauthals über die Abschaffung dieser diskriminierenden und ungerechten Steuerform diskutiert, schiessen überall entsprechende Vorstösse und Initiativen aus dem Boden.

Der Kanton Zürich, die SP des Kantons Zürich setzen also Trends. Und diesen Trend zum Trendsetzen wollen wir weiter fortsetzen, liebe Genossinnen und Genossen. Und zwar mit unserem konstruktiven Referendum gegen die nächste Steuergesetz-Revision.

Ihr habt es in der Zeitung gelesen: Der Kantonsrat hat gestern grünes Licht gegeben für eine massive Entlastung der höchsten Einkommen und grössten Vermögen in unserem Kanton. Es ist eine Revision, die an Dreistigkeit und Ungerechtigkeit kaum mehr zu überbieten ist: Einmal mehr sollen jene Kreise entlastet werden, die schon in der Vergangenheit von jeder Steuergesetz-Revision am meisten profitiert haben. Ich erinnere da an die Änderung der Dividendenbesteuerung, ich erinnere an die Abschaffung der Erbschafts- und Schenkungssteuer, ich erinnere an all die unzähligen Steuerfussenkungen in den letzten 10 Jahren, die wegen der Progression unten fast gar nicht, oben aber dafür umso mehr einschenken.

Diese Politik, liebe Genossinnen und Genossen, hat mit dazu beigetragen, dass heute im Kanton Zürich die drei wohlhabendsten Personen mehr als die Hälfte aller Vermögen in unserem Kanton besitzen. Diese Politik hat mit dazu beigetragen, dass die reichsten zehn Personen mehr als zwei Drittel und die reichsten 100 Personen mehr als drei Viertel aller Vermögen in unserem Kanton verfügen. Und nun soll einmal mehr diese äusserst schmale Bevölkerungsschicht, die nicht einmal ein Prozent aller Steuerpflichtigen ausmacht, mit einem 150-Millionen-Steuer Geschenk bedacht werden, während der Mittelstand und Familien mit Kindern einmal mehr leer ausgehen.

Und wo ist da jetzt die selbsterklärte Mittelstandspartei SVP? Wehrt sie sich etwa dagegen, dass das der allergrösste Teil der Steuerzahlenden, dass da das einfache Volk über den Tisch gezogen werden soll? Natürlich nicht. Sie entpuppt sich als das, was sie ist: Als Partei, die vom Mittelstand redet, dann aber Politik für die Millionäre macht.

Und wo ist da jetzt die selbsternannte Familienpartei CVP? Wehrt sie sich etwa dagegen, dass Familien mit Kindern einmal mehr das Nachsehen haben? Sicherlich, sie hat vorgeschlagen, den Kinderabzug zu erhöhen, wovon aber ausgerechnet wieder vor allem wohlhabende Familien profitieren, die es nicht so dringend nötig haben. Ansonsten aber erweckt die CVP den Eindruck, als ob die Entlastung der Superreichen ein kürzlich neu entdecktes elftes Gebot wäre.

Liebe Genossinnen und Genossen, im Gegensatz zu diesen und anderen Parteien ist für uns klar: Diese Steuergesetz-Revision ist schlicht und einfach nicht akzeptabel! Genauso wie bei der Pauschalbesteuerung lassen wir uns auch hier, bei diesen Steuerboni für Superreiche nicht mehr länger in die Geiselnhaft des Steuerwettbewerbes nehmen.

Wir haben, liebe Genossinnen und Genossen, bereits am Parteitag vom 1. November in Rümlang einstimmig beschlossen, diese Steuergesetzrevision mit einem eigenen Modell zu bekämpfen. Einem Modell, welches die vorgesehene Steuerentlastung dem Mittelstand und Familien mit Kindern zugute kommen lässt. Ich bin davon überzeugt, liebe Genossinnen und Genossen, dass wir auch diese Abstimmung gewinnen können, dass wir auch mit diesem Referendum Trends setzen und für mehr Steuergerechtigkeit in diesem Kanton sorgen können.

Damit das aber gelingt, braucht es den Einsatz von uns allen. Als erstes müssen wir, das ist unabdingbare Voraussetzung für eine Abstimmung über unser Modell, ab Mitte April mindestens 3'500 Unterschriften für unseren Vorschlag

zusammenbringen. Es ist sicherlich unnötig zu betonen, wie wichtig es ist, dass diese Unterschriften auch wirklich zusammenkommen. Schaffen wir das als grosse, stolze und selbstbewusste Partei nicht, dann können wir eigentlich den Laden dicht machen, denn dann nimmt uns als politischer Player niemand mehr ernst.

Ihr, liebe Genossinnen und Genossen, Eure Bezirksparteien, Eure Sektionen, unsere Mandatsträgerinnen und -träger, wir alle sind gefordert, in den kommenden Wochen all unsere Kraft und unser Engagement auf diese Unterschriftensammlung und den nachfolgenden Abstimmungskampf zu fokussieren.

Treiben wir die bürgerliche «4-gewinnt»-Regierung auf diesem zentralen Feld ihrer Politik in die Defensive. Sorgen wir dafür, dass sie mit diesem, ihrem Prestige-Projekt Schiffbruch erleidet. Sorgen wir dafür, dass auch in dieser Sache ein starkes Signal vom Kanton Zürich ausgeht. Das Signal nämlich, dass Schluss sein muss, mit der steuerlichen Umverteilung von unten und der Mitte nach oben. Das Signal, dass wir uns nicht mehr in die Geiselhaft der Mobilität der höchsten Einkommen nehmen lassen. Das Signal, dass wir nicht mehr bereit sind, jenen Grundwert beiseite zu schieben, der das Fundament jeder gerechten Gesellschaft bildet: die faire Verteilung der Lasten.

Mit einem kleinen symbolischen Akt, wollen wir heute hier in Winterthur den inoffiziellen Startschuss zur Unterschriftensammlung geben. Liebe Genossinnen und Genossen, gehen wir an die Arbeit! Packen wir es an! Zeigen wir, was wir können!

Herzlichen Dank.

Es gilt das gesprochene Wort.